



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

16. November 2022

Stadtentwicklungspolitik +++ Die neue U-Bahnlinie 5 +++ Schule am Limit +++ Erwachsenenbildung +++ Profite mit Boden & Miete +++ Der NSU-Komplex in Hamburg +++ Frauen – Leben – Freiheit +++ Bücher, zur Freiheit, zur Sonne



Auf der Demonstration »Solidarisch aus der Krise« am 29. Oktober (Foto: Christiane Schneider)

Liebe Leserinnen und Leser,

Anfang November waren wir dem Kommunismus schon ein Stückchen näher, ja, bedrohlich nahe gekommen, jedenfalls was den »Einstieg in den wohnungswirtschaftlichen Kommunismus« anbelangt. Diese markigen Worte hatte Anke Frieling (CDU) in der Bürgerschaftssitzung am 3. November gefunden, um den Verhandlungskompromiss der Volksinitiativen »Keine Profite mit Boden und Miete« mit den senatstragenden Parteien zu verunglimpfen. Dabei ging es dieses Mal nicht um die Revolution, aber immerhin um die klare Beschränkung des Verkaufs *städtischer* Grundstücke und eine 100-jährige Mietbegrenzung für jährlich neue 1.000 Wohneinheiten. Das ist das alte Lied vom umgehenden Gespenst in diesem Land: Werden Profite und Spekulation auch nur an einer Ecke be-

schnitten, na ja, eingehegt, dann ist das Heraufbeschwören der roten Gefahr nicht weit. Wir dagegen bedanken uns bei den Volksinitiativen für das zweieinhalbjährige Engagement und die sehenswerten Verhandlungsergebnisse, rufen Helau!¹ und freuen uns auf die nächsten Etappensiege. Beispielsweise darauf, dass die SAGA in dieser Zeit der gesellschaftlichen Krise und zehnpromzentigen Inflation bei alljährlichen Gewinnen von über 200 Millionen Euro auf Mieterhöhungen und Kündigungen im kommenden Jahr verzichtet. Ganz so, wie

¹ Ein Wort aus dem rheinischen Karneval, das zurückgeht auf das französische »Hé, la haut!«. Das bedeutet in etwa »Hej, Ihr da oben!« und fand als Verhöhnepipelung der französischen Militärs hoch zu Ross Verwendung.

das Berlins Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD) soeben für rund 350.000 stadteigene Wohnungen verkündet hat.² Das ist Kommunismus nach unserem Geschmack!

Und wo wir schon dabei sind, dann wünschen wir uns gleich noch ein paar weitere Schritte in dieser Richtung, auch im ganz großen Maßstab. Beispielsweise endlich nachhaltige Aktivitäten gegen den Hunger auf diesem Planeten, der 828 Millionen Menschen täglich in die Verzweiflung stürzt und alle 13 Sekunden einem Kind unter fünf Jahren das Leben kostet.³ Übrigens auch lange vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Oder klare Ansagen zur Umverteilung des globalen Reichtums, denn es kann doch nicht so bleiben, dass die 2.755 Milliardär:innen ihr Vermögen seit Beginn der Corona-Pandemie stärker vermehrt haben als in den gesamten 14 Jahren zuvor und die ersten von ihnen ins All starten, während die weltweite Armut drastisch zugenommen hat und fast die Hälfte der Menschheit (3,2 Milliarden) unterhalb der von der Weltbank definierten Armutsgrenze von 5,50 Dollar pro Tag leben muss.⁴

Wir haben es auch ein bisschen kleiner, denn global denken heißt immer auch, lokal zu handeln. Benachteiligung,

² Tagesspiegel, online vom 20.10.2022, www.tagesspiegel.de/berlin/mehr-als-350000-wohnungen-profitieren-senat-will-mietenstopp-fur-alle-kommunalen-mieter-bis-ende-2023-8774842.html.

³ www.welthungerhilfe.de/hunger/kinder-und-hunger.

⁴ www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/corona-pandemie-ungleichheit-10-reichste-maenner-verdoppeln-vermoegen?utm_wec=11494&gclid=EA1aI0obChMInfo5qCo-wIVp41oCR2_vQ4tEAAYASAAEgLF8fD_BwE.

Ausgrenzung und existenzielle Nöte gibt es eben auch in unserer Stadt mit ihrer immer weiter aufgehenden Arm-Reich-Schere. 78 % der Hamburger Bevölkerung sorgen sich zurzeit wegen der steigenden Energiekosten⁵, 42 % haben sogar Angst vor dem Verlust ihrer Wohnung⁶.

Und so finden uns die geneigten Leser:innen auch in diesen Tagen und Wochen auf der Straße, um im Großen – gegen den russischen Angriffskrieg und die Unterdrückung der Opposition im Iran, für einen solidarischen Ausweg aus der Krise mit Gas- und Mietendeckel – wie auch im Kleine(re)n zu demonstrieren. Auch wenn der ganz große »heiße Herbst« bisher ausgeblieben ist, erklären wir einmal mehr, so wie es ist, so kann es nicht bleiben. Nicht in der Schulpolitik, nicht in der Stadtentwicklungspolitik, nicht in der Verkehrspolitik... Und auch nicht in der Haushaltspolitik, deren Doppeltat für 2023/2024 wir gerade am Wickel haben und der auf den dreitägigen Bürgerschaftsberatungen Mitte Dezember zum Abschluss kommt. Das sind dann so die Zeiten, wo wir unsere Arbeit im Rathaus, im Fraktionsbüro und auf den Veranstaltungen vor Ort machen. So oder so, wir sehen uns!

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann
Hanno Plass und Michael Joho

⁵ Die Zeit, vom 27.10.2022, www.zeit.de/2022/44/verkehrswende-klimakrise-senat-sonntagsfrage-hamburg

⁶ Hamburger Abendblatt, online vom 2.11.2022, www.abendblatt.de/wirtschaft/article236804951/fast-jeder-zweiter-mieter-in-hamburg-bangt-um-wohnung-immobilien-hamburg.html.

Hamburger Stadtentwicklungspolitik

Die Elbphilharmonie und die HSH Nordbank, das waren die großen finanzpolitischen Skandale vor zehn Jahren, zurzeit getoppt noch durch die windigen Cum-ex-Geschäfte der Warburg-Bank. Und immer war auch die Politik involviert, hat verschwiegen, verharmlost oder im Zweifelsfall auch mal gelogen. Auch die gegenwärtige Stadtentwicklungspolitik ist nicht eben sparsam damit, wenn es um millionenschwere Verfehlungen geht. Nehmen wir die nahezu unglaubliche Geschichte um das ehemalige Holstenareal, die sich deswegen zum größten Spekulationskrimi ausgeweitet hat, weil der Senat vor Jahren darauf verzichtet hat, sein Vorkaufsrecht wahrzunehmen und eine soziale Wohnungspolitik auf dem Gelände auf den Weg zu bringen. Eigentlich gibt es kaum etwas Wichtigeres in der Stadt, doch der rot-grüne Senat überließ das Areal eben den Haien. Nun gehört es der Adler-Group, die wegen Zahlungsschwierigkeiten und dubioser Geschäftspraktiken den dauerhaften Sprung von der seriösen Wirtschaftsseite in die Rubrik Skandale aus aller Welt geschafft hat. Erst kürzlich hat der Hamburger Journalist Christoph Twickel eine höchst anschauliche Dokumentation unter dem treffenden Titel »Immobilienpoker. Die dubiosen Geschäfte ei-

Skandale der Stadtentwicklung



Zwischen Elbtower und Holstenareal

Mittwoch, 23.11.2022, 18:30 Uhr
Rathaus Hamburg, Kaisersaal

Podiumsdiskussion mit
Christoph Twickel, Journalist
Theo Bruns („... knallt am dollsten“)
Gaby Gottwald (DIE LINKE, Berlin)
Peter Schönberger (Autor)
Heike Sudmann (Linksfraktion Hamburg)
www.linksfraktion-hamburg.de



nes Wohnungskonzerns« gedreht – der 45-minütige Streifen findet sich übrigens noch einige Zeit im Netz.¹

Nicht minder spannend, wenn wir es mal so ausdrücken wollen, entwickelt sich die Story um den Olaf-Scholz-Gedächtnis-Turm, auch bekannt durch dutzende Anzeigen in der Tagespresse als Elbtower, bejubelt als das zukünftig höchste Gebäude Norddeutschlands mit einer einzigartigen Architektur. Doch wer braucht diesen 700 Mio. Euro teuren Zeigefinger eigentlich? Und wer verdient sich da eine goldene Nase? Und schon sind wir bei der Firma Signa des österreichischen Milliardärs René Benko. Er sorgt ebenso wie die Adler-Group für Schlagzeilen in Permanenz, z. B. dieser: »Benkos

¹ www.ardmediathek.de/video/dokus-im-ersten/immobilienpo-ker-die-dubiosen-geschaefte-eines-wohnungskonzerns/das-erste/Y3fpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL3JlcG9ydGFnZSBfIGRva3VtZW50YXRpb24gaW0gZXJzdGVuLzA2NzYwNTQ0LWFlkNDYtNDcyZC1hMTk1LTRhO-DJmNzliMDFlZg.

Luxemburg-Connection. Ausgerechnet in der Steueroase laufen alle Fäden zum Elbtower zusammen« (»Hamburger Abendblatt«, 4.3.2022). Zurzeit steht dieser Herr gerade vor Gericht wegen möglicher Korruption im großen Stil. Was soll mensch von einem »Investor« halten, der selbst die ewig grinsende Lichtgestalt der Hamburger Wirtschaft, Klaus-Michael Kühne, skeptisch sein lässt: »Beim Elbtower bin ich gespalten« (»Hamburger Abendblatt«, 5.11.2022). Und wie beim Holstenareal stellt sich auch beim Elbtower die Frage, worauf sich der von SPD und GRÜNEN getragene Senat da eigentlich eingelassen hat. Und ja, wer eigentlich den großen Reibach macht und was die Menschen dieser Stadt davon haben.

Und darum geht es auf einer Veranstaltung der Linksfraktion am Mittwoch, den 23. November, um 18.30 Uhr im Kaisersaal des Rathauses. Wer sich über Hamburgs gegenwärtig wichtigste stadtentwicklungspolitische Skandale informieren und sich dabei auch einmal richtig gruseln möchte, ist hier buchstäblich goldrichtig.

Die neue U-Bahnlinie 5: Anhörung im Rathaus – jede:r ist gefragt

Von Heike Sudmann

Der Verkehrsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft führt auf Initiative der Fraktion DIE LINKE eine Öffentliche Anhörung zur geplanten neuen U-Bahnlinie U5 durch. Jede:r Bürger:in kann sich am **Donnerstag, den 1. Dezember, ab 17.00 Uhr im Großen Festsaal des Rathauses** zu Wort melden und die eigene Position zur U 5 darstellen.

Zur Geschichte und aktuellen Planung der U5

Bürgermeisterkandidat Olaf Scholz hat 2011 seinen Wahlkampf auch gegen die Straßenbahn geführt. Als Ersatz hat er den Hamburger:innen dann die U5 als neues Nahverkehrsprojekt angeboten. Von Bramfeld bis zu den Arenen im Volkspark soll die U5 fahren. Den Bau würden die Hamburger:innen quasi nicht mitbekommen, da der Streckenverlauf unterirdisch im Schildvortrieb gebuddelt würde. Verschwiegen hat Scholz, dass 22 von den 23 geplanten Haltestellen in offener Bauweise, mit riesigen Baugruben, hergestellt werden müssen: jeweils 216 Meter lang, 40 Meter breit und 35 Meter tief. Über Jahre wird der Verkehr in den Bereichen lahmgelegt – die Horner:innen können aktuell beim Bau der zwei neuen Haltestellen der U4 ein Lied davon singen. Die Gutachter:innen der Hochbahn hatten übrigens eine so genannte Unterpflasterbahn empfohlen, eine Bahn also, die so dicht wie möglich unter der Oberfläche fährt (die U 1 unter der Wandsbeker Chaussee ist ein Beispiel dafür).

Doch noch relevanter als die Bauarbeiten ist die Frage, was die U-Bahn zur notwendigen Steigerung der Zahl der Fahrgäste im Öffentlichen Personennahverkehr und zur Reduzierung des Autoverkehrs und des CO₂-Ausstoßes beiträgt. Der Senat will bekanntlich bis 2030 die Zahl der Fahrgäste verdoppeln, um die Klimaziele zu erreichen. Dumm nur, dass

selbst der kurze Abschnitt von Bramfeld bis zur City Nord (5,8 Kilometer Strecke) frühestens 2032 fertig und nutzbar ist. Die restlichen 18 Kilometer werden wohl angesichts der Planungs- und Bauzeiten erst in den 2040er-Jahren vollendet werden. Als problematische Punkte seien hier nur die Situation am Hauptbahnhof sowie die Trockenlegung eines Teils der Binnenalster genannt.

Noch dramatischer ist der Umstand, dass die Haltestellen der U5 nicht da liegen, wo die Fahrgäste wohnen oder hin wollen. In einer von der Fraktion DIE LINKE in Auftrag gegebenen Studie wurde nachgewiesen, dass die U5 an den Bedarfen vorbeifährt. Als Alternative wird ein – erweiterungsfähiges – Straßenbahnnetz mit fünf Linien und einer Länge von 53 Kilometern vorgeschlagen. 109 Haltestellen der Straßenbahn stehen 23 Haltestellen der U5 gegenüber. Während die Straßenbahn in acht bis zehn Jahren für einen Preis von 1,3 Mrd. Euro gebaut werden könnte, soll die U5 sage und schreibe 7,4 Mrd. Euro kosten, bei einer Bauzeit von 20 bis 25 Jahren – und aktuelle Kostensteigerungen sind da noch nicht eingepreist.

Es gibt viele weitere Gründe, die gegen die U5 und für die Straßenbahn sprechen (barrierefreier Einstieg auf Straßenniveau, bequemes Reisen und nie mehr über defekte Rolltreppen und Aufzüge ärgern ...).

Ziel und Ablauf einer Öffentlichen Anhörung der Bürgerschaft

Mit einer Anhörung soll Sachverstand außerhalb der Bürgerschaft gesammelt und der Kenntnisstand der Beteiligten (also vor allem der Mitglieder des Verkehrsausschusses und des Senats) erhöht werden. Wer meint, dass sie/er etwas zu

dem Thema beitragen kann, ist herzlich eingeladen. Es ist natürlich auch möglich, einfach nur zuzuhören.

Der Ablauf ist so, dass jeder, die/der sich zu Wort meldet, vor dem Ausschuss reden darf und angehört wird. Es können auch Präsentationen gezeigt werden (am besten die Dateien dafür vorher an die Ausschussbetreuerin Frau Nielsen per E-Mail an jana.nielsen@bk.hamburg.de schicken; es kann aber auch ein Datenträger mitgebracht werden). Damit möglichst alle drankommen, sollten die einzelnen Redebeiträge nicht

länger als 10 bis 15 Minuten sein. Kürzer ist natürlich immer möglich.

Wichtig ist noch der Hinweis, dass es sich nicht um eine Diskussionsveranstaltung handelt. Die Abgeordneten können/dürfen nur Verständnisfragen stellen, am Ende haben sie die Gelegenheit ihre Position darzustellen. Es ist also kein Frage-Antwort-Spiel mit den Abgeordneten möglich, auch eine Diskussion unter den Bürger:innen ist nicht vorgesehen.

Schulbau Hamburg: Kein Licht im Dunkeln!

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Seit dem Schulentwicklungsplan 2019 ist klar, dass die Zahl der Schüler:innen in Hamburg deutlich wächst und die Zahl der Schulgebäude nicht mehr ausreicht. Nachdem zuerst 39 neue Schulen angekündigt worden waren, korrigierte die Schulbehörde die Zahl noch nach oben: 44 neue Schulen, so der Stand jetzt, sind bis 2030 geplant. Der Landesbetrieb Schulbau untersteht der Finanzbehörde und es sollen im Schulbau vier Milliarden Euro eingesetzt werden. Dabei ist dieser Bereich durchaus ins Fadenkreuz der Kritik geraten. Der Rechnungshof monierte verschiedene Aspekte der Preisbildung und der Kostenplanung bei Schulbau Hamburg, unter anderem ein Eigenhonorar, dass doppelt so hoch sei, wie das in Regelwerken vorgesehene.¹

Schon am Schulentwicklungsplan hatte DIE LINKE kritisiert, dass es keine Kriterien hinsichtlich der pädagogischen Qualität der räumlichen Gestaltung im Schulbau gebe. Der Senat verweist immer auf das Musterflächenprogramm, in dem lapidar ein Satz aus dem Konzept der Reggio Pädagogik zitiert wird, und damit das Thema als erledigt gilt. Damit der Raum aber als »dritter Pädagoge« fungieren kann, braucht es mehr als eine bloße Umlage von Raummetern pro Kopf der Schüler:innen, wie das Musterflächenprogramm bestimmt.

Beide Faktoren, mangelnde pädagogische Qualität und geringe Transparenz bei Kosten und Verfahren, veranlassten uns, eine Große Anfrage zum Schulbau zu stellen, die jüngst vom Senat beantwortet zurücklief.² In der Gesamtschau ist es mehr als befremdlich, bei wie vielen Punkten der Senat mitteilt, keine Daten zu erheben und somit keine angemessenen Antworten geben zu können. Besonders vor dem Hintergrund der enormen Summen öffentlicher Mittel, die im Schulbau umgesetzt werden, und der schon bestehenden Kritik an der geringen Transparenz in finanziellen Angelegenheiten, ließe sich annehmen, dem Senat liege an einer klaren und eindeutigen Darstellung. Dieser Eindruck entsteht nicht bei der Sichtung der Großen Anfrage und auch nicht hinsichtlich der Ausführungen im Haushaltsausschuss.



Foto: Hanno Plass

Keine Kriterien

Zentral bei allen schulischen Baumaßnahmen ist, dass der Senat keine Kriterien für »gute Bildung« oder »gute Aufenthaltsqualität« in den Schulen hat, der Schulbehörde fehlt sowieso ein Begriff von Bildung und daraus folgt, dass alle Schulen selber pädagogische Gesichtspunkte in die Schulbauplanung einfließen lassen müssen. Der Prozess ist komplett individualisiert. Die Schulen erhalten minimale Begleitung seitens der Behörde. Es gibt keine Expertise im Schulbau bzw. Bauwesen überhaupt, die den Schulen systematisch und zur Entwicklung ihrer schulbaulichen Profile zur Verfügung steht. Pädagogische Kriterien fließen in die Bedarfsplanung nicht ein;

¹ www.hamburg.de/contentblob/13546400/2171031bfb85b98b35c1a-7c7b41e249a/data/jahresbericht-2020.pdf.

² Drs. 22/9066, schulbau_in_hamburg_bilanz_und_ausblick.pdf (bürgerschaft-hh.de).

die Schulentwicklungsplanung, so betont die Behörde immer wieder, ist eine reine Flächenplanung, gebunden an die prognostizierte Entwicklung der Schüler:innenzahlen. Die Planung sieht vor, dass in einer sogenannten »Phase Null« die Schulgemeinschaften pädagogische Fragen und Wünsche mit Schulbau Hamburg klären. Die Phase Null soll »regelmäßig« erfolgen, erfolgt aber bei über 380 Baumaßnahmen in 240 Fällen »aufgrund baulicher Rahmenbedingungen«, die nicht weiter spezifiziert sind, nicht.

Der Senat hat keinerlei Konzept für eine Raumnutzung jenseits des Musterflächenprogramms, das nach nachvollziehbaren Kriterien die Flächenplanung für den Ganzttag gestaltet. In allgemeiner Unverbindlichkeit obliegt ein »Raumkonzept« den einzelnen Schulen. Gemäß Senatsantwort benötige »jede Schule ein Raumkonzept, das nicht nur eine optimale Organisation der unterrichtlichen Anforderungen beschreibt, sondern zugleich auch durch multifunktionale Betrachtung der einzelnen Flächen und Räume den Anforderungen des Ganztagsangebotes gerecht wird«. Ob und wie dies schulseitig bislang umgesetzt werden konnte, vermag der Senat jedoch nicht mitzuteilen. Betreibt die zuständige Behörde eigentlich eine organisatorische und inhaltliche, pädagogische Schulentwicklung oder nicht?

Auch bei der Inklusion: Fehlanzeige

Es gibt keine Antwort des Senats auf die Frage, wie regelhaft Schulen nach den Erfordernissen inklusiver Beschulung um- und neugebaut werden. Pflegeräume gibt es nur auf Bedarf, Bestandsschulen müssen auf Aufzüge warten bzw. es wird im Einzelfall entschieden. Behindertengerechte Toiletten soll es mindestens eine (!) je Schule geben. Die Sanierungstätigkeit ist nicht auf eine systematische Umsetzung inklusiver Erfordernisse angelegt. Mitteilungen über die baulichen Maßnahmen finden sich in den Inklusionsberichten der Schulbehörde, in denen Schulbaumaßnahmen aufgeführt werden; der letzte Bericht ist von 2020. Kosten werden nicht ausgewiesen. Ebenso dunkel sieht es bei den Finanzen aus.

Es fehlen ebenso Kriterien für wirtschaftliches Bauen und eine Auskunft darüber, wie die Pauschalpreise, die in die Kostenkalkulationen eingehen, berechnet werden. Diese Pauschalpreise fließen jedoch wieder in die Mietpreisbildung ein und bestimmen die Mieten, die die Schulen zahlen müssen. Der Rechnungshof hatte gemutmaßt, dass die Preise zu hoch angesetzt und damit auch die Mieten der Schulen zu hoch seien. Der Senat bleibt in seiner Antwort auf die Frage, wie die Pauschalpreise in die Festlegung des Mietpreises einfließen und wie der Mietpreis festgesetzt wird, diffus. Zusätzlich

kann der Senat nicht ausweisen, wie hoch die Angebotspreise für die Schulbauprojekte und wirklichen Kosten der Schulbaumaßnahmen sind.

Auch die Mittel, die für eine externe Projektverwaltung ausgegeben werden, können nicht angegeben werden. Kosten für die externe Projektsteuerung werden nicht ausgewiesen. Die Kosten sollen laut Senat maximal 4 % betragen. Trotz der enormen Summen, die aufgewendet werden, kann der Senat nicht ausweisen, wie hoch die Kosten für die externe Projektsteuerung sind. Bei 382 Projekten 233 extern gesteuert – das sind 61 % – und nur 149 intern.

Eine Kontrolle der Ausgaben kann so nicht erfolgen

Auch die neueste Erfindung des Schulbaus, das Hamburger Klassenhaus, das bei vielen Schulen zum Einsatz kommen soll, ist eine zweifelhafte Errungenschaft. Kosten können nicht angegeben werden, weil die Erstellung schulindividuell sei. Doch die Abschreibzeit beim Hamburger Klassenhaus ist solange wie bei regulären Schulbauten (rund 50 Jahre). Sie ersetzen also wirkliche schulbauliche Maßnahmen. Das Hamburger Klassenhaus ist damit keine zeitweise Lösung. Wenn bei Schulneugründungen ein Klassenhaus mitgeplant ist, ist dann, so die Folgefrage, der Platzbedarf größer als im Entwurf des Schulgebäudes? Weiterhin werden noch Container, beschönigt als Mobile Klassenräume, genutzt, obwohl sie deutlich teurer als das Klassenhaus sind. Sie wurden beispielsweise noch diesen Sommer aufgestellt und es wird weiter mit ihnen geplant.

Schulbau Hamburg besteht seit 2010. Doch erst seit letztem Jahr ist seitens Gebäudemanagement Hamburg und Schulbau Hamburg überhaupt ein Evaluationskonzept entwickelt worden. Die Evaluation ist auf Ortsbegehungen und Online-Umfragen beschränkt, die Ergebnisse werden nur intern kommuniziert. Transparenz ist das nicht. Sowohl der Öffentlichkeit gegenüber, da immerhin Steuergeld eingesetzt wird, als auch den Schüler:innen gegenüber, die einen Großteil ihrer Lebenszeit in den Schulen verbringen müssen, ist dieses Vorgehen völlig unangemessen. Ganz zu schweigen davon, dass die Abgeordneten in ihren Kontrollrechten gegenüber der Regierung beschnitten werden. Dabei zeigen die Schulen, die sich jedes Jahr für den deutschen Schulpreis bewerben, wie innovativ und zukunftsweisend neue Schulbauten sein können. Ob sie dann Architekturpreise bekommen oder nicht, ist zweitrangig vor ihrem Dienst für die Bildung der jungen Menschen, den sie zu erfüllen haben. Der Senat hat dies weder in Inhalt noch der Sache nach begriffen und lässt sein Dickschiff Schulbau weiter im Dunkel vor sich hindümpeln.

Schule am Limit: Was ist jetzt nötig?

Die Folgen der Coronakrise sind dramatisch, so der allgemeine Befund. Viele der Schüler:innen litten unter den Schulschließungen und den Maßnahmen zur Pandemieeindämmung massiv. Inklusion fand vielerorts faktisch nicht mehr statt. Ein Fünftel der Schüler:innen erlebte messbare

Bildungseinbrüche, die psychische Lage ist besorgniserregend und auch die physischen Auswirkungen wie verstärktes Übergewicht durch körperliche Inaktivität sind auffällig. Corona hat zudem bereits bestehende Defizite in den Schulen, seien sie organisatorischer, struktureller oder personeller

ler Art, schonungslos offengelegt und zumeist verschärft. Auch die in der Schulstruktur festgelegte soziale Ungerechtigkeit verstärkte die ungleichen Chancen im Bildungsweg mit fatalen Folgen für die betroffenen jungen Menschen.

Die aus Bundesmitteln finanzierten Maßnahmen zum »Aufholen nach Corona« laufen zum Sommer 2023 aus, und auch wenn sie in Art und Umfang pädagogisch umstritten sind, ist der darüber hinaus fortbestehende Unterstützungsbedarf unbestreitbar.

Im Dezember wird der Doppelhaushalt für die Jahre 2023/24 verabschiedet. Er sieht im Einzelplan der Behörde für Schule und Berufsbildung keinen Cent zur Abmilderung der vorhandenen Coronafolgen vor. Stattdessen sind die Schulen mit pädagogisch veralteten Bildungsplänen konfrontiert, gegen die sich eine breit und öffentlich vorgetragene Ablehnung organisiert hat.

- Wir wollen mit Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern daher diese Anliegen und Fragen beraten:
- Was ist mit unserem Bildungssystem in den letzten zwei Jahren geschehen?
- Wie waren die Erfahrungen von Schüler:innen, Eltern und Pädagog:innen unter Corona?
- Wie sehen ihre jeweiligen Perspektiven auf die Lage konkret aus?
- Was brauchen die Schulen an Unterstützung und Weiterentwicklung für die kommenden Jahre?
- Was muss aus der einzelnen Sicht heraus jetzt geschehen, um den Coronafolgen angemessen zu begegnen?
- Welche Forderungen müssen an die Landespolitik gestellt werden?
- Und wie könnte mensch sie möglicherweise gemeinsam entwickeln und in den politischen Prozess einspeisen?

Coronafolgen in den Schulen – was jetzt zu tun ist!

Sabine Boeddinghaus (Fraktion DIE LINKE) lädt Schüler:innen, Eltern und Lehrer:innen zum Austausch ein.

Auf dem Podium sind Vertreter:innen der Lehrerkammer, der Schüler:innenkammer, der Vereinigung der Leitungen der Hamburger Gymnasien und Studienseminare, der Vereinigung der Schulleiter*innen der Hamburger Stadtteilschulen in der GGG, des Bündnisses schulische Inklusion, der GEW, des Grundschulverbandes und der GEST.

Donnerstag, 24. November, 19.00 Uhr, Rathaus, Kaisersaal

»Hamburg – Stadt der Guten Arbeit« – nicht für die Erwachsenenbildung

Zur Realpolitik des rot-grünen Senats seit Beginn der Legislaturperiode im Frühjahr 2020

Von Detlef Zunker, Sprecher der GEW-Fachgruppe Erwachsenenbildung

Im rot-grünen Koalitionsvertrag lassen sich für die Beschäftigten in der Erwachsenenbildung einige Passagen finden, die daraufhin deuten, dass Lobbyarbeit der GEW im Wahlkampf mit ihren Veranstaltungen und dem »Hamburger Appell Gute Weiterbildung« positive Wirkung gezeigt hat. So ist dort Politiklyrik zu lesen, die vor allem gut klingen soll:

»In allen von der Stadt beeinflussbaren Bereichen müssen die Prinzipien von »Guter Arbeit« gewährleistet werden... Die Koalitionspartner werden sich ... auf Bundesebene für eine Reform des Integrationskurssystems einsetzen, die das Ziel hat, den Zugang zu Integrationskursen auszuweiten, die Lernbedingungen zu verbessern und für bessere Arbeitsbedingungen bei den Lehrkräften zu sorgen. VHS: Mit einem Entwicklungsprojekt Volkshochschule 2025 werden die Weichen für die Zukunft der Volkshochschule gestellt, insbesondere vor dem Hintergrund der Digitalisierung. Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass der Grundbildung elementare Bedeutung zukommt. Lesen, Schreiben, Rechnen, finanzielle und digitale Kompetenzen sind die Grundlage für ein erfolgreiches Berufsleben« (Koalitionsvertrag, S. 145).

Welche politischen Initiativen oder messbaren Verbesserungen sind seitdem, d. h. zur Hälfte der Legislaturperiode,

für die Erwachsenenbildung durch den Senat umgesetzt worden?

- Im Mai 2022 wurde ein **Hamburger Bündnis für gute Arbeit** unter Einbeziehung des DGB gegründet, zwei Jahre nach seiner Ankündigung durch den Senat. Zu seiner Gründung wurde ein Hamburger Index Gute Arbeit vorgestellt; eine dafür erstellte Studie zu FHH-Beschäftigten kommt zu wichtigen Erkenntnissen: Etwa 50% der Beschäftigten bewerten ihre Arbeitsqualität (im Sinne von Arbeitsbedingungen) als »unterdurchschnittlich«, 16% sogar als »schlecht«. Bei der Auswahl der zu befragenden Beschäftigten ist allerdings der schulische Bereich explizit ausgeklammert worden – und die Erwachsenenbildung implizit, weil die Untersuchenden diesen überhaupt nicht als Befragungszielgruppe auf dem Radar hatten. Schade, denn die Studie sollte Handlungsempfehlungen für die Hamburger Politik erarbeiten.
- Neue Erkenntnisse für die Erwachsenenbildung: Null Punkte. Hier besteht dringender Handlungsbedarf für eine Folgeuntersuchung. Klare Ziele formuliert ein Orientierungspapier des DGB: »Die Arbeitsbedingungen der Beschäftig-

ten in dieser Branche entsprechen in der Mehrheit nicht den Kriterien der Guten Arbeit. Da Weiterbildungsträger auch über öffentliche Mittel finanziert werden, muss die Politik hier ihren Gestaltungsspielraum nutzen, um Arbeitsbedingungen zu verbessern. Arbeitgeber:innen fordern wir zur Anerkennung von Tarifverträgen und fairem Umgang mit Mitbestimmung in ihren Betrieben auf. [...] Da es in Hamburg keine konkrete Datenlage zu den Arbeitsbedingungen in der Weiterbildungsbranche gibt, gehen die Gewerkschaften von einem enormen Defizit an Guter Arbeit aus.«

- Gespräche mit den bildungspolitisch Verantwortlichen von SPD und GRÜNEN:
Deutlich ist, dass das Thema »Erwachsenenbildung« in der gestaltenden Hamburger Politik kaum eine Rolle spielt. In der Kommunikation mit den bildungspolitischen Sprecher:innen der beiden Fraktionen wird nicht deutlich, dass diese eigenständige Ideen oder gar Visionen für eine Verbesserung der Lage der Erwachsenenbildung hätten. Die Bildungspolitik des rot-grünen Senats besteht aus einer One-Man-Show des Schulsenators, der sich nicht für die Erwachsenenbildung interessiert [...] Bei den Fraktionssprecher:innen entsteht der Eindruck, dass sie zu diesem Thema noch nicht einmal am Katzentisch sitzen durften [...].

Die Schulnote in »Erwachsenenbildung« für den Senat und die ihn tragenden Parteien zur Halbzeit der Legislaturperiode: Hausaufgaben nicht erledigt, Thema nicht bearbeitet, Arbeitseinsatz deutlich ausbaufähig. Gesamtnote: »Mangelhaft«. Pädagogischer Hinweis: Wiederwahl stark gefährdet.

Aufgaben aus gewerkschaftlicher Sicht

Den Senat und die rot-grünen Parteien beim Wort nehmen, damit sie endlich den eigenen Koalitionsvertrag umsetzen und: »In allen von der Stadt beeinflussbaren Bereichen müssen die Prinzipien von »Guter Arbeit« gewährleistet werden.«

Die Fakten:

Die Hamburger Volkshochschule beschäftigt insgesamt etwa 1.650 Kursleiter:innen, darunter viele »arbeitnehmerähnliche«.

Arbeitnehmerähnlich?

Das sind die Kursleiter*innen, die mindestens die Hälfte ihres Einkommens aus der VHS-Tätigkeit bestreiten und deshalb in besonderer Weise von den Aufträgen der VHS abhängig sind. Diese arbeitnehmerähnlichen Kursleiter:innen sind von Gesetzes wegen besonders zu schützen.

Sind »arme« Städte und ihre VHS fairer und nachhaltiger als Hamburg?

Ja, leider! Berlin und Bremen »leisten« sich für ihre VHS einen angemessenen Schutz der arbeitnehmerähnlichen Kursleiter:innen: Zuschüsse für Sozialversicherung, Ausfallhonorar bei Krankheit, bezahlte Konferenzen usw. Warum tut Hamburg das nicht, zumal die Hamburger rot-grüne Regierung in ihrem eigenen Koalitionsvertrag »Hamburg -

Nachhaltige und faire Bezahlung – mehr soziale Sicherheit für VHS-Dozent*innen!

Kommt zur Demonstration!

Mittwoch 23.11.22, 13:30 – 14:30
S-Bahnhof Sternschanze bis zur VHS Mitte

www.gew-hamburg.de / bild: GABRIELE WITKOWSKI

Dazu gehört ganz wesentlich aus der Bildungsperspektive die Hamburger Volkshochschule. Der Senat beschäftigt sich in seiner zehneitigen Bürgerschaftsdrucksache 22/ 22/8256 vom Mai 2022 »Weiterentwicklungsstrategie »VHS 2025« der Hamburger Volkshochschule« in ganzen vier Sätzen mit den Lehrenden dieser Einrichtung. Deshalb hat die GEW Hamburg die Initiative »VHS Fair« gestartet, die im Juni 2022 mit einer Kundgebung auf die schlechten Honorare in der VHS aufmerksam machte.

Da der Senat die Forderungen der Kursleitendenvertretung und der GEW ablehnte, gehen wir weiter auf die Straße und demonstrieren am Mittwoch, den 23. November (13.30 Uhr, S-Sternschanze), für »Nachhaltige und faire Bezahlung – mehr soziale Sicherheit für VHS-Lehrende!«

Gut, dass Kursleitende nie krank werden!

KRANK Ich bin krank Du bist krank Er ist? 我病了 你病了 病了

www.gew-hamburg.de / bild: GABRIELE WITKOWSKI

Stadt der Guten Arbeit« vereinbart hat, »soziale, beschäftigungspolitische, umwelt- und nachhaltigkeitsbezogene Kriterien« bei der Entlohnung durchzusetzen? Das muss bei den städtischen Einrichtungen anfangen!

VHS Fair – Forderungen für die Kursleiter:innen an der VHS Hamburg:

Wir fordern daher von der Behörde für Schule und Berufsbildung und von Bürgerschaft und Senat, der VHS die Mittel zur Verfügung zu stellen, um das Folgende umzusetzen:

Für alle VHS-Kursleiter:innen:

- Honorarsatz von 41 Euro pro Unterrichtseinheit von 45 Min, auch für die Kursleiter:innen des offenen Angebots;
- Ausgleich des Mehraufwandes für Hybrid- und andere besonders aufwendige Kurse;
- Honorar für Teilnahme an Konferenzen etc.

Zusätzlich für arbeitnehmerähnliche Kursleiter:innen:

- Zuschüsse entsprechend den gesetzlichen Arbeitgeberanteilen für Sozialversicherungen (Kranken-, Pflege-, Rentenversicherung), Mutterschutz und Unfallversicherung;
- Urlaubsgeld für 25 statt wie bisher 20 Tage (entspricht 9,6 % statt bisher 7,7 % des Jahresbruttohonorars);
- Anspruch auf Bildungsurlaub;
- Erstattung des Umsatzsteueranteils bei den Kursleiter:innen, die die Obergrenze von 22.000 Euro Jahreseinkommen überschreiten;
- Ausfallhonorar bei Krankheit: 90% für bis zu 6 Wochen;
- Einbeziehung in das Hamburger Personalvertretungsgesetz.

Die Umsetzung unserer Forderungen sorgt zum einen für faire Arbeitsbedingungen der Kursleiter:innen. Zum anderen sorgt sie dafür, dass die VHS mehr Nachwuchs an professionellen Lehrkräften gewinnen und die Qualität der Kurse steigern kann. Aktuell ist es besonders wichtig, den Geflüchteten aus der Ukraine und aus anderen Ländern zeitnah professionelle und qualitativ hochwertige Sprach- und Integrationskurse anzubieten. Hierzu schnell die passenden Lehrenden zu finden, geht nur bei konkurrenzfähigen Arbeitsbedingungen. Der zusätzliche finanzielle Aufwand für faire Arbeitsbedingungen darf nicht durch Erhöhung der Teilnehmer:innenbeiträge finanziert werden, hier ist der Haushalt der Stadt gefragt.

Hamburg kann mehr für die Bildung tun!

Der rot-grüne Senat muss sein Koalitionsprogramm »Hamburg – Stadt der Guten Arbeit« endlich umsetzen, und das zuerst in den städtischen Betrieben. Hamburg verdient ein gutes, faires und nachhaltiges Angebot städtischer Erwachsenenbildung!

Was können Unterstützer:innen dieser Forderungen tun?

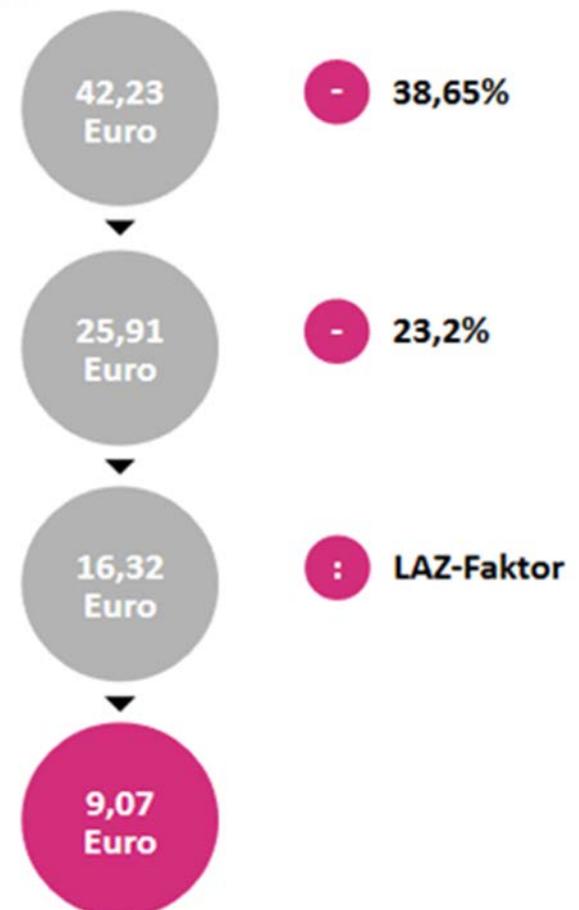
Die GEW hat eine »Unterschriftenaktion VHS FAIR« gestartet. Wer die Forderungen der VHS-Kursleitungen und der GEW Hamburg unterstützt möge, kann dies im Rahmen einer Postkarten-Aktion oder Online (<https://www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/unterschriftenaktion-vhs-fair>) tun. Oder sich den Demo-Termin am 23. November um 13.30 Uhr ab S-Bahnhof Sternschanze schon mal rot in den Kalender eintragen.

Mehr zur Hamburger GEW-Fachgruppe Erwachsenenbildung unter www.gew-hamburg.de/mitmachen/fachgruppen/erwachsenenbildung.

Ein sehr anschauliches Informationsmaterial der GEW Hamburg findet sich unter www.gew-hamburg.de/mitmachen/gruppenbeitrag/honorar-fuer-kursleitende-im-gesamtprogramm-sprache-von-bamf-und-bmas-nur.

Honorar für Kursleitende im Gesamtprogramm Sprache von BAMF und BMAS - nur ehrenamtlich bringt weniger

Start: Brutto-Honorar pro Unterrichtsstunde



Tipps und Termine

Wie schon seit längerem gehört an den Anfang in dieser Rubrik eine Meldung zur globalen Umwelt- und Klimalage. Leider handelt es sich dabei meist mehr oder weniger um Hiobsbotschaften, so auch dieses Mal. So warnte das in Nairobi ansässige UN-Umweltprogramm (Unep) Ende Oktober mit den Worten **Das Fenster schließt sich** (so der Titel des »Emissions Gap Report 2022«) vor dem **Verfehlen des 1,5-Grad-Zieles**, mit dem die Erderwärmung bis 2030 gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter begrenzt werden soll. Doch jüngst vorgelegte Untersuchungen belegen, dass dieses Ziel schon nicht mehr erreicht werden kann, wenn nicht sofort umgesteuert wird. Und danach sieht es nicht aus, so dass die verheerenden Auswirkungen der Klimakatastrophe näher und nah heranrücken. Mehr dazu in der »Frankfurter Rundschau« vom 28. Oktober (www.fr.de/politik/klimaschutz-luecke-das-fenster-schliesst-sich-91878784.html).

Dazu passt recht gut das Thema der neuen Ausgabe der Zeitschrift **Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis**. Thema des 130-seitigen Heftes ist das Kapitalozän, und das erklärt sich so: »Jeden Morgen der Blick aufs Krisenbarometer: 220 Tage Krieg in der Ukraine, die Erderwärmung überschreitet die 1,3-Grad-Marke und die Inflation klettert auf 10 Prozent. Statt Jahreszeiten sind es Krisen, die unser Jahr beschreiben. Aber sie lösen einander nicht ab, sondern verstärken sich wechselseitig. Wie lässt sich eine Zeit auf den Begriff bringen, die sich selbst überschlägt? Wie betreibt man Zeitdiagnose, wenn eine Verwerfung die nächste jagt? Führt der Katastrophenkapitalismus über kurz oder lang zum ökologischen Kollaps? Das sprengt die Vorstellungskraft, löst Panik aus oder wird verleugnet. Es geht darum, ins Handeln zu kommen und die Triebkraft der Katastrophe beim Namen zu nennen: Nicht »die Menschheit zerstört den Planeten, wie es der populäre Begriff vom Anthropozän nahelegt. Es ist die kapitalgetriebene Aneignung und Verwertung der Natur, die uns all das eingebrockt hat und mit der der Planet nicht zu retten ist. Wir leben im KAPITALOZÄN.« Die rund 20 interessanten Beiträge dazu gibt es hier: https://api.zeitschrift-luxemburg.de/uploads/LUX_2203_WEB_4304dea39b.pdf.



Am 9. November sind die neuen **Hamburger Stadtteil-Profile** für das **Berichtsjahr 2021** erschienen, seit einiger Zeit nicht mehr in gedruckter Form, sondern nur noch via Netz abrufbar (www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/Stadtteil-Profile_HH-BJ-2021.pdf). Auf gut 200 Seiten hat das Statistikamt Nord jeweils zwei Seiten zu allen Hamburger Stadtteilen zusammengetragen, zu den Bereichen Bevölkerung und Haushalte, Bevölkerungsbewegung, Sozialstruktur, Wohnen, Infrastruktur und Verkehr. Für den schnellen Überblick ein unverzichtbares Material!

Jüngst erschienen und auch schon in hoher Anzahl verteilt ist die neue **Backbord**, die Zeitung der Linksfraktion in der Bürgerschaft. Unter der schönen Anschrift **Wer sich jetzt wirklich warm anziehen sollte** (siehe nächste Seite) geht es vor allem um die Auswirkungen der Inflation, der Energie- und Lebensmittelpreisexplosion. Es wäre nicht hart Backbord, wenn es nicht auch darum ginge, die Frage nach den Profiteuren zu stellen und die nötigen Konsequenzen (wie z. B. die Übergewinnsteuer oder einen Hamburger Gaspreisdeckel) zu thematisieren. Wer's nachlesen möchte schaut hier: www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2022/10/Backbord_2022_02.pdf.



Die Wahl zum **19. Niedersächsischen Landtag am 9. Oktober** war insbesondere für DIE LINKE wirklich nicht berauschend. Mit schlappen 2,7% lag sie um 1,9% unter dem Ergebnis von 2017 – ein Desaster. Dabei war diese Wahl »vielfach als Testwahl für die Politik der Bundesregierung in den letzten Monaten verstanden (worden) bzw. der Wahlkampf einiger Parteien (z. B. CDU) lief darauf zu: Die Energieversorgungssicherheit, der sozial gerechte Ausgleich von Preissteigerungen und die Politik gegenüber dem einen Aggressionskrieg führenden Russland – breit interessierende Themen, an denen sich die Bundesregierung erkennbar mühsam abarbeitet, handwerkliche Fehler begeht, nach einer klaren Linie sucht. Alles Bedingungen, die dazu einladen, die Landtagswahl auch zu einer Abrechnung mit der Bundesregierung zu machen. Dieser Versuch ist gescheitert. SPD und Grüne können eine Landesregierung bilden, die CDU verliert Einfluss auf den Bundesrat. Allein das Scheitern der FDP am Wiedereinzug setzt die Bundesregierung unter Druck.« So die **Einschätzung von Horst Kahrs**, der unglaublicherweise in jeder Wahlnacht



Der Landtag von Niedersachsen in Hannover (www.rosalux.de/publikation/id/47729/die-wahl-zum-19-niedersaechsischen-landtag-am-9-oktober)

eine umfangreiche Wahlanalyse im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung liefert. Wen die differenzierte 28-seitige Einschätzung interessiert, die schau hier: www.rosalux.de/publikation/id/47729/die-wahl-zum-19-niedersaechsischen-landtag-am-9-oktober.

Wer sich für das Thema **Elektrifizierung des Autoverkehrs in Hamburg** interessiert, die/der sollte sich die **Senatsantwort** auf eine gleichnamige Große Anfrage der Linksfraktion vom 23. September anschauen (www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/80914/strategische_fragen_zur_elektrifizierung_des_autoverkehrs.pdf). Die gar nicht mal so umfangreiche Drucksache 22/9208 bietet bis auf die Stadtteile »heruntergehende« Daten beispielsweise zu den angemeldeten E-Fahrzeugen 2017 bis 2021. Der durchschnittliche Anteil der E-Fahrzeuge am gesamten Fahrzeugbestand Hamburgs beträgt 1,6%. Spitzenplätze nehmen der Grasbrook/Steinwerder/Waltershof/Finkenwerder (7,8%) und Ottensen (6,3%) ein, am unteren Ende rangieren Horn und Altenwerder/Moorburg (0,4%), gefolgt von Billstedt, Dulsberg, Steilshoop und Neuallermöhe (0,5%).

Auch wenn das 49-Euro-Monatsticket sich langsam konkretisiert, wird der Hamburger Verkehrsverbund (**HVV**) zum 1. Januar 2023 erst einmal zuschlagen. Dann erhöhen sich nämlich die **Fahrpreise** um durchschnittlich 3,2%, die **höchste Anhebung seit neun Jahren**, wie das Infoportal nahverkehrhamburg.de am 2. November meldete. Vor allem Einzelkarten für Erwachsene, verschiedene Tages- und Monatskarten und insbesondere Jobtickets (ProfiTickets) sollen überdurchschnittlich teurer werden, nämlich gleich um bis zu 5,6%. Same procedure as every year. So viel zur Verkehrswende.

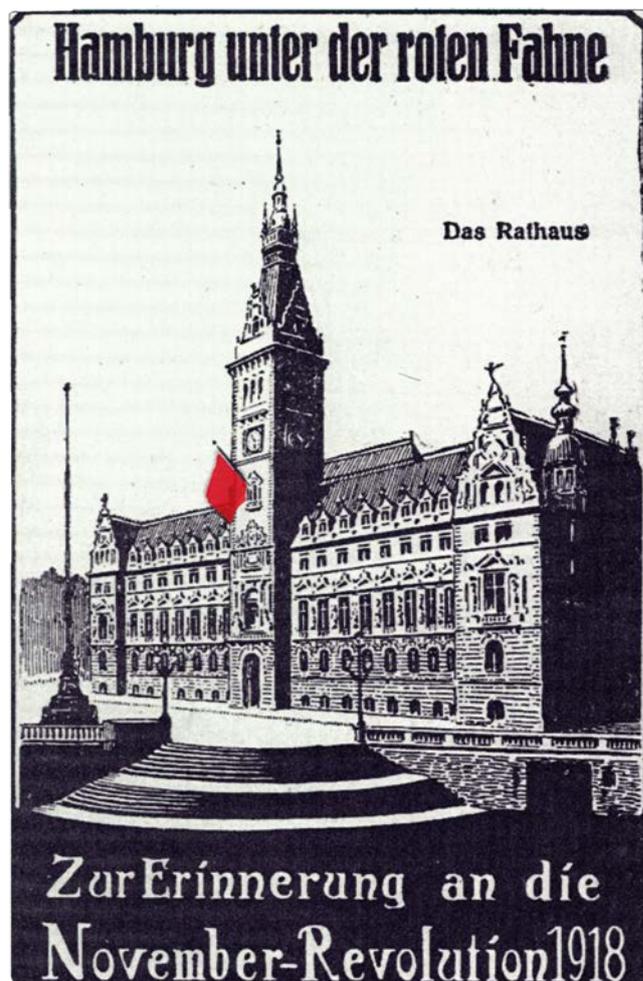


Radfahren in Hamburg: Spaß oder Stress? (Foto: ADFC, <https://hh.adfc-clouds.de/index.php/s/nLd4iKemzFPEims>)

Zurzeit führt der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) eine **Online-Befragung durch, wie zufrieden Hamburgs Radfahrer:innen** mit den Radwegen und der Verkehrspolitik sind und welche eigenen Wünsche und Bedarfe bestehen. 2020 nahmen an einer Vorgängerstudie 4.200 Hamburger:innen teil und ermöglichten dadurch repräsentative Eindrücke in Sachen Radfahren in der Elbmetropole. Den Umfragebogen zum ADFC-Fahrradklima-Test gibt es hier: <https://hamburg.adfc.de/neuigkeit/fahrradklima-test-hamburg>.

Nach Jahren des starken Bevölkerungswachstums – zeitweilig im fünfstelligen Bereich – scheint sich die Entwicklung umzukehren. War Hamburg in 2020 noch um 4.057 Menschen angewachsen, betrug das Saldo in 2021 minus 70, d. h., dass die **hamburgische Bevölkerung erstmals seit zweieinhalb Jahrzehnten geschrumpft** ist. Als Ursache wird dafür vorrangig angegeben, dass es wieder mehr Umzüge in die Umlandkreise gibt, eine sich möglicherweise ankündigende Trendwende, die nach einer langen Phase der Landflucht wieder zu einer vermehrten Abkehr vom Leben in der Metropole führt. 11.145 Bürger:innen sind im vergangenen Jahr ins Umland gezogen. Der Stadtsoziologe Dirk Schubert sieht als wichtige Ursache, dass die Baugrundstücke und Immobilien im »Speckgürtel« günstiger seien, was die »Suburbanisierung befeuert« habe (»Hamburger Abendblatt«, 24.10.2022). Nichtsdestoweniger bleibt der Umstand, dass Hamburg in den vergangenen zehn Jahren um rund 120.000 Menschen gewachsen ist (»Hamburger Abendblatt«, 28.9.2022).

Im Oktober fanden die mehrtägigen Feierlichkeiten zum 125. Geburtstag des Hamburger Rathauses statt. Mensch muss es den Erbauern lassen, dass der ebenerdige Zugang ein architektonischer Schachzug war, den Bürger:innen (immerhin oder wenigstens?) das Gefühl zu vermitteln, sozusagen auf Augenhöhe das hohe Haus zu betreten. Auch wenn es mit der Pflege so mancher demokratischen Tradition nicht weit her ist – wir erinnern an unseren Antrag zur »Würdigung der Novemberrevolution und ihrer Protagonisten/-innen« (Drs. 21/17919 vom 8.8.2019, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/67541/wuerdigung_der_novemberrevolution_1918_19_und_ihrer_protagonisten_innen.pdf) – so könnte die eine oder andere Facette womöglich doch spannend sein. Auf 106 Seiten kommt eine kleine Jubiläumsschrift daher, in der **125 Jahre Hamburger Rathaus** facettenreich aufgeschlüsselt werden. Die Dokumentation in der Reihe »Hamburg Historisch« (Nr. 5) ist zum Preis von 9,50 EUR in den großen Zeitungskiosken und im Buchhandel erhältlich.



Andere Zeiten – Postkarte von Anfang 1919

Die Pressemitteilung Nr. 63 des Statistischen Bundesamtes (Destatis) vom 21. Oktober ergibt einige wissenswerte, aber auch bedrückende Daten. Und so liest es sich da: »**3,2% der Bevölkerung** in Deutschland lebten nach eigener Einschätzung im Jahr 2021 in Haushalten, die ihr **Haus oder ihre Wohnung aus finanziellen Gründen nicht angemessen warmhalten konnten**. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) auf Basis von Ergebnissen der Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) mitteilt, betraf dies rund **2,6 Millionen Menschen**. Überdurchschnittlich häufig waren Alleinlebende und Menschen in Alleinerziehenden-Haushalten betroffen. Rund **4,3% der Alleinlebenden sowie 4,7% der Personen in Alleinerziehenden-Haushalten** konnten ihre Wohnung aus Geldmangel nicht angemessen heizen« (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/10/PD22_N063_639.html).

In diesem Zusammenhang sei auf eine neue **Studie von »Empirica Regio«** vom 19. Oktober verwiesen (**Top 7 Städte schrumpfen**), die den Nachweis führt, dass Menschen (vor allem auch junge Familien) verstärkt aus den Großstädten ausziehen, weil sie oftmals keinen bezahlbaren Wohnraum mehr finden. Und da werden auch neue Wohnsitze angepeilt, sofern sie einigermaßen (nah)verkehrsangebunden sind. Corona sei für diese Entwicklung eher ein Trendverstärker gewesen, nicht aber die Ursache. Ausgeglichen wird die Abwanderung in Hamburg weniger durch die Zahl der Neugeburten als durch eine stetige internationale Zuwanderung. Mehr dazu hier: www.empirica-regio.de/blog/221019_wanderungen_top7/.

Mitsprache bei der langfristigen Mietpreispolitik der Immobilienkonzerne wünscht sich nun auch die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (**IG BAU**). Und wie lässt sie sich am besten realisieren? Indem Deutschlands größte, börsennotierte Wohnungskonzerne **Vonovia und LEG teilverstaatlicht** werden. Ziel müsse es sein, so der IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger, eine Sperrminorität von 25% der Anteile plus eine weitere Aktie zu übernehmen (»Handelsblatt«, vom 26.9.2022, www.handelsblatt.com/politik/deutschland/mietpreise-gewerkschaftig-bau-fordert-staats-einstieg-bei-grossen-wohnungskonzerne/28705130.html).

Feministischer Filmabend

mit Cansu Özdemir (Linksfraktion Hamburg)
und Bianca Theis (Regisseurin)



Anlässlich des internationalen **Tages gegen Gewalt an Frauen und Mädchen** lädt die Bürgerschaftsabgeordnete und Co-Vorsitzende der Hamburger Linksfraktion, Cansu Özdemir, zu einem **feministischen Filmabend** ein. Am **Freitag, den 18. November**, wird um 19.00 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20) die Dokumentation **Bodies we take to the Streets** vorgeführt. Darin werden fünf in Berlin lebende Frauen porträtiert und feministische Kämpfe der letzten Jahre in transnationaler Perspektive beleuchtet. Trailer und Infos zum Film gibts unter <http://bodiestakestreets.de/>.

Dieser Tage kann mensch sich nur schwerlich des Eindrucks erwehren, die Bundespolitik könnte nur noch in krieglerisch-militärischen Kategorien denken. Der Hamburger Landesverband der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) ruft daher auf zur Beteiligung am bundesweiten **Aktionstag für Frieden und ein gutes Leben für alle** am **Samstag, den 19. November**. Um 12.30 Uhr startet auf der Mönckebergstraße (vor *Saturn*) die nächste Demonstration gegen den russischen Überfall auf die Ukraine und das 100-Milliarden-Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung (<https://hamburg.vvn-bda.de>).

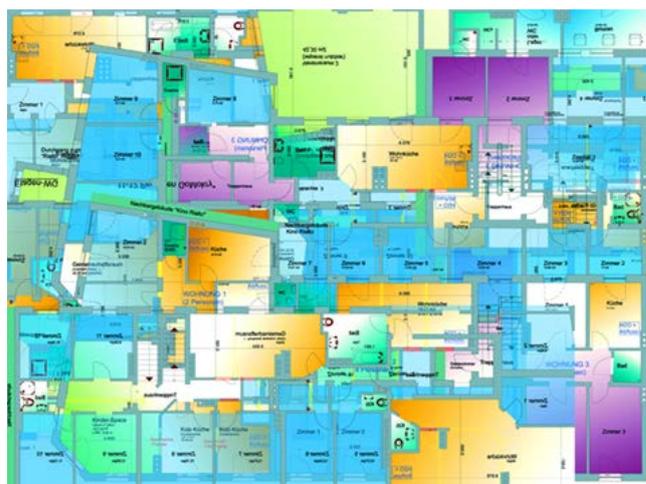


Ebenfalls an diesem **Samstag, den 19. November**, lässt St. Pauli wieder von sich hören, einmal mehr auf hervorstechende Art. Denn es gibt um 15.30 Uhr ab Park Fiction nicht einfach nur auf eine Demonstration, sondern es gibt einen unter dem schönen Motto **Ge-fährliche Nachbarschaften**. Protestiert werden soll damit gegen das »kalte Testgebiet einer dichten Polizei-Bestreuung«, zu dem der Stadtteil immer mehr geworden ist. Seit 2005 hat die Stadt Teile des Viertels als »Gefahrengebiet« eingestuft, jetzt muss endlich Schluss gemacht werden mit der Stigmatisierung als »Gefährlicher Ort«. Der Umzug wird zur **Performance**, der **Dresscode ist Schwarz** und es heißt: Rabimmel-Rabummel-Rabumm.



Aus dem aktuellen »Park Fiction Newsletter« vom 12.11. – Mehr zur Aktion usw. unter <https://park-fiction.net/gefaehrliche-nachbarschaften/>

Am **Freitag/Samstag, den 25./26. November** tagt in **Berlin** die **6. Konferenz des bundesweiten Netzwerks Mieten und Wohnen**. Das Motto lautet dieses Mal **Zeitenwende auch in der Wohnungspolitik?** Beleuchtet werden in Workshops u. a. die Möglichkeit eines bundesweiten Mietendeckels, die Vereinbarkeit von Klima und Wohnen sowie Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt. Am Ende der Veranstaltung soll mit hochkarätiger Besetzung noch einmal ausführlich über die Demokratisierung des Wohnens diskutiert



werden. Der Konferenzbeitrag beläuft sich auf 50 Euro und schließt einiges an Essen und Getränke ein. Konferenzort ist das Haus des »Neuen Deutschlands« in Berlin-Friedrichshain (Franz-Mehring-Platz 1), nahe dem Ostbahnhof und der U Weberwiese. Weitere Infos, das Programm und eine Anmelde-möglichkeit gibt es hier: www.netzwerk-mieten-wohnen.de/content/programm-der-6konferenz-des-netzwerk-mieten-wohnen.



Die HSBK ist erst vor einem Jahr gegründet worden (<https://www.bundesstiftung-baukultur.de/veranstaltungen/detail/gruendung-hamburger-stiftung-baukultur>)

Noch bis zum 30. November finden im ehemaligen Karstadt-Sport-Haus (Mönckebergstraße 2-4) allerlei Veranstaltungen der **Hamburger Stiftung Baukultur** statt. Das Motto dieses Jahres ist die **Stadtgestalt im Klimawandel**. »Hier werden zahlreiche Impulse für nachhaltiges Planen und Bauen der Öffentlichkeit vorgestellt und beispielhaft Strategien erklärt, die zur Verfügung stehen, um die Bauwende in Hamburg anzustoßen.« Klingt doch gut und lässt sich vertiefen: https://hsbk.city/artikel/Ein_Monat_Baukultur_Programm. Übrigens auch zu ungewöhnlichen Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag 10.00 bis 23.00 Uhr, Freitag und Samstag 10.00 bis 1.00 Uhr, Sonntag 12.00 bis 21.00 Uhr.



Umfangreiche Ausstellung der HSBK zur Stadt im Klimawandel im Ex-Karstadt-Sport-Haus an der Mönckebergstraße (Foto: Michael Joho)



Die Hamburger Innenstadt (Foto: BSW, www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/16670244/2022-11-09-bsw-innenstadt-verborgene-potentiale/)

Mit **Wolfgang Abendroth** verstarb 1985 einer der profiliertesten marxistischen Hochschullehrer:innen in der Bundesrepublik Deutschland. Sein Lebensweg war eng mit dem antifaschistischen Widerstand und der Kritik an der Herrschaft in den Ländern des Ostblocks verbunden. Die Nationalsozialisten verurteilten Abendroth wegen seines Widerstandes zu Zuchthaus und Strafbataillon. Es gelang ihm, zu den kommunistischen griechischen Partisanen überzulaufen. Sein kritisches Denken wie auch seine politischen Interventionen wirkten auf eine ganze Generation linker Akademiker:innen. Inwieweit Abendroths Schaffen in die Zukunft weist, darum geht es in einem **Workshop** der Rosa-Luxemburg-Stiftung am **Samstag, den 3. Dezember**, von 12.00 bis 17.00 Uhr. Wer Interesse an diesem Seminar **Aufklärerisches Engagement in Hochschule und linker Bewegung** (mit Gregor Kritidis) hat, schaut hier: https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/E7HC1/zusammenlesen-wolfgang-abendroth?cHash=d14c9e1648d9f01ae7f05942befbdd03.

Der **Verein Altstadt für Alle! e.V.** ist bereits am 13. Juni gegründet worden, am **Montag, den 12. Dezember**, findet eine »Fortsetzungsgründungsversammlung« um 18.00 Uhr im AIT Architektursalon (Bei den Mühren 70) statt. Ziel des neuen Vereins ist eine »menschenwürdige Hamburger Innenstadt und Altstadt«. Hier passt die Information hin, dass der Hamburger Senat laut Pressemitteilung vom 9. November immerhin 6,5 Mio. Euro (davon 4,8 Mio. vom Bund) für das Programmpaket **Verborgene Potenziale – Für ein lebendiges und resilientes Hamburger Zentrum** zur Entwicklung der Innenstadt bewilligt hat. Hinter dem Wortgetöse der betreffenden Senatserklärung – von wegen die »Innenstadtent-

wicklung ist ein Gemeinschaftswerk« (www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/16670244/2022-11-09-bsw-innenstadt-verborgene-potentiale/) verbirgt sich die ja durchaus akzeptable Zielsetzung, die City zu beleben und Pilotprojekte zu unterstützen. Was leider bisher beim Senat so gar keine Erwähnung gefunden hat, das ist der Umstand, dass die Stadt mit der Übernahme der beiden leer stehenden Ex-Kaufhäuser Karstadt-Sports und Galeria Kaufhof richtungsweisende Akzente setzen könnte, statt auch noch in der HafenCity die Einkaufskapazitäten der Innenstadt um ein Drittel zu erweitern.



Das **Werkhaus Münzviertel** lädt ein zu einer Diskursveranstaltung: **Passt Kunst und Soziales zusammen?** Am **Donnerstag, dem 17.11. 22** um 19 Uhr (4. Stock ehemaliges Karstadt-Sports-Gebäude Mönckebergstraße 2–4) wollen Michael Kress (Hyper Cultural Passengers) und Günter Westphal (Werkhaus Münzviertel) mit dem Publikum und Finn Brüggemann (Das Archipel) diese und weitere Fragen diskutieren. Mehr Infos unter: www.muenzviertel.de/kunst-soziales-werkhaus-muenzviertel/.

»Keine Profite mit Boden & Miete« mit beachtlichem Teilerfolg

Am 2. November stellten die beiden Volksinitiativen »Keine Profite mit Boden und Miete« sowie die Senatsparteien SPD und GRÜNE ihr Ergebnis der Anfang 2021 aufgenommenen Verhandlungen vor. Heike Sudmann sprach den Akteur:innen der Volksinitiativen ihren »Glückwunsch und Riesendank« aus. »Die Volksinitiative hat Rot-Grün auf die richtige Spur gesetzt. Jetzt gilt es, sie dort nicht nur zu halten, sondern auch weiter voran zu bewegen.« Auch der Landesverband der Hamburger LINKEN würdigte das Engagement und die Verhandlungsergebnisse. Wir sind sehr froh, nachfolgend die gemeinsame Einschätzung zweier Hauptverhandler der Volksinis zu Wort kommen lassen zu können.

Einigung zwischen Volksinitiativen und Senat

Von Marc Meyer (Mieter helfen Mietern) & Paul-Hendrik Mann (Mieterverein zu Hamburg)



Auf der Pressekonferenz von Volksinitiative und SPD/GRÜNEN am 2. November im Rathaus (Foto: Marco Hosemann)



Auf der Mietendemo am 8. Oktober, hinter dem Mietervereins-Transparent in der Mitte Paul-Hendrik Mann (Foto: Mathias Thurm)

Die beiden vom Mieterverein zu Hamburg und Mieter helfen Mietern mit anderen Gruppen unter der gemeinsamen Klammer »Keine Profite mit Boden & Miete« initiierten Volksinitiativen »Boden und Wohnungen behalten. – Hamburg sozial gestalten!« und »Neubaumieten auf städtischem Grund. – Für immer günstig!« wurden im Februar 2020 gestartet. Sie waren trotz der widrigen Bedingungen der Pandemie (Kontaktverbote, Versammlungsbeschränkungen etc.) beide im Oktober 2020 mit jeweils mehr als 14.000 Unterschriften erfolgreich.

Nachdem die Hamburgische Bürgerschaft die Inhalte und Forderungen der Volksinitiativen mehrheitlich nicht übernehmen wollte, wurde seit Februar 2021 darüber zwischen den Vertreter:innen der Volksinitiativen und den beiden Regierungsfractionen verhandelt. Bei einem Scheitern hätten beide Volksinitiativen ein Volksbegehren durchführen können. Hierbei hätten innerhalb einer Frist von drei Wochen jeweils ca. 65.000 Unterschriften der wahlberechtigten Einwohner:innen Hamburgs eingeworben werden müssen.

Die Verhandlungen mit den senatstragenden Parteien SPD und GRÜNE wurden jetzt für beide Initiativen mit einem Kompromiss beendet. Anfang November haben die Vertreter:innen der Volksinitiativen und der beiden Regierungsfractionen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz die Verhandlungsergebnisse vorgestellt. Zu beiden Volksinitiativen werden die Senatsfractionen am 16. November zwei Drucksachen als Beschlussvorlage der Ergebnisse in die Hamburgische Bürgerschaft einbringen, die dort wohl die notwendigen Mehrheiten finden werden. Die Mietendrucksache wäre dann verabschiedet. Die rechtliche Umsetzung wird sich bei der Bodendrucksache, wegen der beschlossenen Änderungen der Hamburger Verfassung, noch bis in das Frühjahr 2023 hinziehen.

Was bei der einen Volksinitiative vereinbart und erreicht wurde ...

Die Volksinitiative »Boden behalten – Hamburg sozial gestalten!« war angetreten, um den Verkauf von städtischen Immobilien künftig grundsätzlich auszuschließen. Künftig sollten diese Flächen ausschließlich über das Erbbaurecht vergeben werden, was bisher recht wenig geschah.

In den Gesprächen konnte mit den Vertreter:innen der Senatsfractionen Einigkeit hinsichtlich eines *grundsätzlichen* Verkaufsverbotes bei Wohnungsbaugrundstücken hergestellt werden. Allerdings wurden von den Senatsvertreter:innen *gewichtige Ausnahmen* verlangt. Es wurde insbesondere Spielraum beansprucht, um im Rahmen einer aktiven Liegenschafts- und Bodenbevorratungspolitik Grundstücke zu verkaufen (wenn auch in enger als bisher umrissenen Fällen). Die dadurch gewonnenen Finanzmittel sollen für die Schaffung von dauerhaft bezahlbaren Wohnungen verwendet werden. Es sollen auch Ausnahmen für Stadtentwicklungsgesellschaften möglich sein, zu deren von der Bürgerschaft legitimiertem Geschäftszweck es gehört, Grundstücke zu veräußern, um damit Quartiere zu entwickeln und die Erschließung zu sichern. Dies betrifft vor allem Großbaugebiete ab 700 Wohneinheiten.

Eine inhaltliche Einigung konnte hier nicht abschließend erzielt werden. Der Ausnahmenkatalog wurde von Seiten der Volksinitiativen letztlich akzeptiert, da im Gegenzug die Forderung nach einem grundsätzlichen Verkaufsverbot mit Verfassungsrang ausgestattet werden soll. Der hiervon vereinbarte Ausnahmenkatalog wird sodann in die Landeshaushaltsordnung aufgenommen. Die zugelassenen Ausnahmeverkäufe, z.B. bei Verkäufen der Stadtentwicklungsgesellschaften im



Das MhM-Team nach der Pressekonferenz am 2. November vor dem Rathaus, in der Mitte Marc Meyer (Foto: Michael Joho)

Rahmen der Quartiersentwicklung müssen künftig aber von der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossen werden. Die notwendige öffentliche Kontrolle der Ausnahmen ist somit möglich. Auch Grundstücke, die nicht für den Wohnungsbau bestimmt sind und die nicht von der Verfassungsänderung betroffen sind, sollen im Eigentum der Stadt verbleiben, soweit dies zur Gewährleistung der sozialen und sonstigen Infrastrukturentwicklung und des Natur- und Klimaschutzes erforderlich ist. Die Flächenbilanz insgesamt muss im mehrjährigen Vergleich positiv ausfallen, sodass die Gesamtfläche im Staatsgebiet der Freien und Hansestadt Hamburg in öffentlicher Hand erhalten bleibt und zukünftig zunimmt.

... und was bei der anderen Volksinitiative

Die Volksinitiative »Neubaumieten auf städtischem Grund – für immer günstig!« hat als Kernforderung verlangt, dass beim Neubau von Wohnungen auf städtischen Grundstücken deren Anfangsmieten künftig die Mietsätze des 1. Förderwegs im sozialen Wohnungsbau nicht überschreiten dürfen. Diese Sozialwohnungsmiete sollte zudem nur entsprechend der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland erhöht werden, aber begrenzt auf maximal 2% im Jahr.

Mit dieser Forderung konnten wir uns insoweit durchsetzen, als dass künftig immerhin auf 33% der städtischen Wohnungsbauflächen (auf den anderen 67% will der Senat seinen »Drittmix« fortführen) geförderte Wohnungen mit einer Miete in Höhe es 1. Förderwegs (Sozialwohnungsmiete) errichtet werden. Von diesen Wohnungen sollen durchschnittlich bezogen auf Fünf-Jahres-Zeiträume pro Jahr mindestens 1.000 Wohneinheiten entstehen. Die Vergabe der Wohngrundstücke erfolgt im Erbbaurecht mit einer Laufzeit von 100 Jahren. Die Mieten dieser Wohnungen werden während der ersten 50 Jahre öffentlich gefördert, sodass Mieterhöhungen nur nach Maßgabe der Förderrichtlinien möglich sind. Ab dem 51. Jahr werden Mieterhöhungen nur möglich sein

mit einer jährlichen Steigerung höchstens in Höhe des gemittelten Wertes aus dem Verbraucherpreisindex (VPI) und dem Reallohnindex. Außerdem darf der jeweilig geltende Mittelwert des Hamburger Mietenspiegels für die fragliche Wohnung (oder etwaige Nachfolgeregelungen, die sich an der ortsüblichen Vergleichsmiete orientieren) dabei nicht erreicht werden, ebenso gelten die dann bestehenden gesetzlichen Kappungsgrenzen.

Letztlich konnten wir erreichen, dass 20% der nach unserem Modell zu errichtenden Wohnungen mit sogenannten WA-Bindungen (für Wohnungsnotfälle besonderer Dringlichkeit) gebaut werden. Und zwar zusätzlich zu der per anno bereits gesetzten Zielzahl des Senats in Höhe von 300 Wohnungen. Damit sollen pro Jahr künftig 500 Wohnungen mit WA-Bindungen errichtet werden.

Wir sind uns bewusst, dass die geschlossenen Kompromisse teilweise deutlich hinter unseren ursprünglichen Forderungen zurückbleiben. Dennoch halten wir die Ergebnisse für einen beachtlichen Teilerfolg. Wir erhoffen uns mit der hiesigen Einigung für aktuelle und künftige Generationen, den Stadtbewohner:innen mehr Grundstücke für bezahlbaren Wohnraum und soziale Stadtentwicklung im Besitz der Stadt zu sichern und außerdem langfristig einen Bestand an dauerhaft preisgebundenem Wohnraum zu schaffen. Das Kernproblem der bisherigen temporären Förderpraxis wird zugunsten von dauerhaften Mietpreisbindungen gelöst.

Das sind nach unserer Auffassung zwei große Schritte in die richtige Richtung! Diese wäre ohne unsere vielen Unterstützer:innen nicht möglich gewesen. Wir werden aufmerksam darüber wachen, dass die erzielten Ergebnisse auch tatsächlich umgesetzt werden.

Da diese erst mittel- bis langfristig zur Entlastung auf dem Wohnungsmarkt beitragen können, müssen kurzfristig unbedingt die explodierenden Mieten und Energiepreise gedeckelt werden.

Der NSU-Komplex in Hamburg

Das Recht auf Aufklärung verjährt nicht

Bis heute wurde der Mord an Süleyman Taşköprü, der am 27. Juni 2001 durch den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) erschossen worden war, nicht aufgearbeitet. Obwohl es eine Vielzahl an offenen Fragen gibt, wurde in Hamburg als einzigem Tatort-Bundesland des NSU kein Untersuchungsausschuss eingesetzt.

Die Linksfraktion Hamburg beleuchtet in einer nun veröffentlichten Broschüre die Hintergründe des Mordes an Süleyman Taşköprü und die zahllosen Fehlannahmen und Verfehlungen bei der Ermittlungsarbeit. Diese Erkenntnisse machen deutlich, dass die Rolle der Hamburger Naziszene im NSU-Komplex und die von ethnisierenden Zuschreibungen geprägten Ermittlungen der Sicherheitsbehörden dringend aufgeklärt werden müssen.

Über die Erkenntnisse und die Notwendigkeit der Aufklärung des NSU-Terrors sprechen die Autorin der Broschüre Christiane Schneider, die Thüringer LINKEN-Abgeordnete Katharina König-Preuss und der innenpolitische Sprecher der Hamburger Linksfraktion Deniz Celik.

Die Broschüre gibt es online zu lesen auf unserer Homepage: www.linksfraktion-hamburg.de/nsu-komplex/.

Die gedruckte Version kann bestellt werden via E-Mail an: Info@linksfraktion.hamburg.de.

Vorstellung der Broschüre der Linksfraktion und Diskussion

**Donnerstag, 17. November, 19.30 Uhr
Rathaus, Raum 151**



Der NSU-Komplex

in Hamburg

**Das Recht auf Aufklärung
verjährt nicht**

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Solidarisch aus der Krise

Von Christiane Schneider

Unter dieser Losung demonstrierten am 29. Oktober zwischen 2.000 und 2.500 Menschen vom Berliner Tor zum Rathausmarkt. Organisiert wurde die Demonstration von einem bunten Bündnis, das sich im September zusammengefunden hatte. Über 70 Organisationen riefen zur Demonstration auf: von der Gruppe #IchBinArmutsbetroffen, Hinz und Kunzt, Poliklinik Veddel, Ragazza e.V., Stadtteilinitiative St. Pauli selberrmachen bis zur Sauerkrautfabrik Harburg; vom Mieterverein, Verein demokratischer Ärzt:innen, Sozialverband SOVD, Wer hat der gibt, AStA der Uni Hamburg bis zum Hamburger Bündnis gegen Rechts; von der Alevitischen Gemeinde, DIDF bis zum Migrantinnenbund Hamburg; von den Jusos Bergedorf, der LINKEN, der DKP bis zu verschiedenen linksradikalen Gruppen. Und schließlich und nicht zuletzt hatten auch Gewerkschaften und/oder ihre Jugend aufgerufen; gut vertreten war vor allem ver.di.

Angesichts der großen Zahl aufrufender Organisationen war die Demonstration für Hamburg nicht besonders groß. Und doch: Sie war kräftig, bunt und lebendig und ein ermutigender Auftakt für die weitere Auseinandersetzung für solidarische Lösungen.

Die sind dringend notwendig. Denn die Bundesregierung hat in ihren bisher drei Paketen zwar etliche Maßnahmen beschlossen, darunter auch Begrüßenswertes wie die Ausweitung des Wohngeldes. Aber insgesamt sind die Maßnahmen trotz Nachbesserungen unzureichend und vor allem sozial unausgewogen. Sie sichern ein menschenwürdiges Existenzminimum für alle eben nicht, gleichen gerade für die Armen und Ärmsten die steigenden Kosten nicht aus. Obwohl die Inflation die Sozialleistungsbeziehenden, Geringverdiener:innen und viele Rentner:innen, die den Großteil ihres Einkommens für Miete und Lebensmittel ausgeben, ungleich härter



Auf der Demonstration am 29. Oktober (beide Fotos: Ralf Dorschel)

trifft als Besserverdienende, erhalten diese den größten Teil der bereitgestellten Gelder. Allein 70% der zehn Milliarden Euro der Entlastung der kalten Progression kommen den oberen 30% zugute, hat das DIW errechnet. Auch der Gaspreisdeckel begünstigt wohlhabende Vielverbraucher:innen. Die Einmalzahlungen von 300 bzw. 200 Euro wurden zwar auf Rentner:innen und Studierende ausgeweitet, aber das wird für viele gerade mal zwei Monate reichen. Das »Bürgergeld« in Höhe von 500 Euro ist völlig unzureichend, gleicht nicht einmal die Inflation aus – der Paritätische hält 678 Euro für notwendig –, doch die CDU findet sogar dieses Hartz-IV-Reformchen »ungerecht« gegenüber Geringverdiener:innen. Das 49-Euro-Ticket ist für viele Menschen unbezahlbar und deshalb kein Ersatz für das 9-Euro-Ticket. Die Milliarden an Übergewinnen z. B. der Mineralölkonzerne, die mit der Krise das große Geschäft machen, bleiben dagegen unangetastet. Selbst die »Wirtschaftsweisen« kritisieren, dass die Bundesregierung auf eine Gegenfinanzierung sozialer Maßnahmen durch Steuererhöhung oder einen »Energiesoli« für Spitzenverdiener:innen verzichtet.

Hinzu kommt, dass viele Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, auf die Wohlhabende kaum, viele andere dafür um so mehr angewiesen sind, in Existenznot geraten. Der Paritätische etwa sieht 90% seiner Einrichtungen und Dienste vor allem durch die steigenden Energiekosten bedroht und fordert von den Bundesländern verbindliche Zusagen der finan-

ziellen Absicherung. Betroffen sind auch Krankenhäuser und Pflegeheime. Die Zuzahlungen für Menschen in Pflegeeinrichtungen steigen teilweise explosionsartig und treffen auch Angehörige hart, die über mittlere Einkommen und Erspartem verfügen.

Für viele Menschen machen sich die Auswirkungen der Krise erst über den Winter bemerkbar. Deshalb ist es gut, dass das Bündnis weitere Aktionen plant. Grundsätzlich wird die gesellschaftliche Linke daran zu messen sein, ob sie bei der Verteidigung eines bezahlbaren Lebens für alle Erfolge erreichen kann.

Kontakt zum Bündnis kann über die Website aufgenommen werden: <https://solidarischausderkrise.noblogs.org>.



SOLIDARISCH AUS DER KRISE

Bezahlbares Leben für alle statt Profite für wenige

Hier noch einmal der Demoaufruf vom 29. Oktober:

Die Preise steigen. Wir merken es an der Supermarktkasse, bekommen Briefe von Vermieter:innen, in denen sich die Nebenkosten mehr als verdoppeln, und sehen, dass am Ende des Monats immer weniger übrig bleibt oder es gar nicht mehr reicht. Die Schlangen vor den Tafeln werden länger. Egal ob bei Grundnahrungsmitteln, Gas oder Strom: Immer mehr von uns können sich das Leben nicht mehr leisten!

Die Inflation liegt offiziell bei rund 8 Prozent, doch die Preise der täglichen Grundnahrungsmittel sowie die Heiz- und Strompreise steigen noch viel stärker. Wer bisher relativ gut verdient hat, gerät zunehmend unter Druck. Wer schon vorher am Existenzminimum gelebt hat, verzweifelt jetzt völlig.

Während wir uns überlegen, wie wir am Essen sparen oder ob wir uns das Heizen im Winter noch leisten können, machen Konzerne Rekordgewinne. Sie verdienen an hohen Preisen und treiben sie, ungeachtet der fatalen Lage breiter Teile der Bevölkerung, weiter in die Höhe. Sie bereichern sich, während viele verarmen.

Die »Hilfen« der Regierung in Form von Einmalzahlungen sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Die geplanten Steuerentlastungen sind ein Geschenk an die Reichen. Sie profitieren am meisten, während bei denen, die wenig haben, kaum etwas hängen bleibt. Großverdiener:innen brauchen keine Entlastungen!

Während für die Deckelung der Preise kein Geld da sein soll, werden 100 Milliarden Euro für Aufrüstung rausgeknallt. Die Kosten der Krise hingegen sollen wir zahlen. Wir sollen den Gürtel enger schnallen, auf Lohnforderungen verzichten und uns auf Kürzungen einstellen. Das machen wir nicht mit.

Wir wollen eine solidarische und nachhaltige Politik der sozialen Gerechtigkeit und Umverteilung. Wir fordern:

- Preisdeckel für Energie, Lebensmittel und Mieten!
- Einmalzahlungen reichen nicht! Wir brauchen eine dauerhafte und deutliche Erhöhung der Löhne und Sozialleistungen, für alle in Deutschland lebenden Menschen!
- Kostenloser ÖPNV - barrierefreie Mobilität für alle!
- Schutzschirm für die Daseinsvorsorge!
- Die Profiteure der Krise müssen zahlen! Übergewinn-, Erbschafts- und Vermögenssteuer!
- Massiver Ausbau der erneuerbaren Energien, weg von fossiler Abhängigkeit und Atomenergie!
- Stoppt die Aufrüstung - 100 Milliarden in Bildung, Gesundheit, Soziales und Klimaschutz!

<https://solidarischausderkrise.noblogs.org/>

Kleine Läden in St. Georg sterben

Von Dortje Schirok, St. Georger Anwohner:inneninitiative



Gegen die Verdrängung von Wohnungs- und Gewerbetrieber:innen (Foto: Michael Joho)

24 Jahre war die Schneiderei Yurdakul in der Danziger Straße in St. Georg.

24 Jahre hat das Ehepaar Yurdakul den Bewohner:innen des Stadtteils die Hosen geflickt, die Ärmel gekürzt oder das Hochzeitskleid angepasst.

24 Jahre lang haben Herr und Frau Yurdakul so ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder bestritten.

Fast 24 Jahre lang gab es keine Probleme zwischen Mieter:innen und Vermieter. Es war ein gutes, auf Vertrauen gegründetes Verhältnis, man trank regelmäßig einen Tee zusammen ... bis der Vermieter starb und seine Tochter, Anette Gaedcke, die Immobilie erbt.

Die Schneiderei ist Teil eines größeren Objekts in der Danziger Straße 47–51. In diesem Objekt befinden sich etliche Mietwohnungen, die von der Erbin sogleich in Eigentumswohnungen umgewandelt wurden. Allein diese Maßnahme, die Umwandlung auf dem Papier, dürfte den Wert der Immobilie etwa verdoppelt haben. Neben den Wohnungen ge-

hören zu dem Objekt auch vier Gewerbeeinheiten, die alleamt eine Kündigung erhielten. Die Kündigung kam per Brief über die Verwaltung. Sie kam, ohne dass vorher ein Wort mit den Betroffenen gesprochen wurde, ohne eine Chance auf Verhandlung und ohne eine Begründung, warum sie ihre Läden räumen müssen. Die Kündigung kam einfach so, weil das deutsche Recht es zulässt, weil das deutsche Recht keinen besonderen Schutz für die Mietverträge von inhabergeführtem Einzelhandel vorsieht. Es sieht keinen Schutz für die Läden von Menschen vor, deren wirtschaftliche Existenz von diesen Läden abhängt.

Für die Familie Yurdakul aus der Schneiderei war es ein riesiger Schock. Für den Goldschmied Mohammad Shafaad nebenan, seit 20 Jahren hier ansässig, war es »wie eine Bombe, die eingeschlagen ist und das Leben zerstört hat«. Ebenfalls betroffen sind der Fotoladen Wiese und die contact-Bar von Micco Dotzauer, das schwule Wohnzimmer unseres bunten Stadtteils.

Was sollen sie nun tun, wohin, im immer teurer werdenden Stadtteil St. Georg?

Als Anwohner:innen in St. Georg sind wir es leider schon länger gewohnt, dass der kleine Einzelhandel verdrängt und durch schicke Cafés und Restaurants ersetzt wird. Das ist nicht nur eine Tragödie für die Gewerbetreibenden selbst, sondern es zerstört auch nach und nach die Lebensqualität in unserem schönen Stadtteil. Uns bricht die Infrastruktur weg und unser Stadtteil, der doch so sehr für sein buntes Leben und seine Vielfalt bekannt ist, verliert zunehmend sein Gesicht.

Die Nachricht von diesen erneuten Schließungen hat uns empört, entsetzt und wütend gemacht. Wir wollen nicht weiter tatenlos zusehen wie die kleinen Läden aus unserem Stadtteil verdrängt werden. So haben wir uns auf Initiative des Einwohnervers eins St. Georg zusammen gefunden, um einerseits zu unterstützen und andererseits laut und deutlich zu protestieren.

Wir haben gemeinsam mit den Gewerbetreibenden einen Brief an die neue Eigentümerin formuliert und um ein Gespräch gebeten. Keine Reaktion.

Wir haben uns direkt vor der Firma der Eigentümerin, die zum Gegenstand den »Erwerb und die Verwaltung eigenen Vermögens« hat, getroffen um eine Unterschriftensammlung persönlich abzugeben. Keine Reaktion.

Wir haben vor dem Haus der Verwaltung demonstriert und eine Kundgebung vor den Ladengeschäften abgehalten. Keine Reaktion.

Parallel lief die dringende Suche nach neuen, bezahlbaren Gewerberäumen in dem Stadtteil. Bisher leider vergeblich.

Micco, der Barbetreiber, musste bereits Ende Juni schließen. Seitdem liegt die Bar dunkel und leer an der Ecke des Hauses als Mahnung für die Verbliebenen. Es kleben noch immer die Protestplakate. Ende September mussten nun auch die anderen drei schließen.

Mit einem beeindruckenden und bewegenden Trauermarsch haben wir, mit viel Unterstützung aus dem Stadtteil,



Trauermarsch für die rausgeschmissenen Läden auf der Danziger Straße (Foto: Mathias Thurm)



Wütende Hinterlassenschaft (Foto: Dortje Schirok)

die Läden symbolisch zu Grabe getragen. Und immer noch kein Wort der Eigentümerin. Frau Gaedcke konnte leider nicht den Anstand aufbringen diesen Menschen direkt ins Gesicht zu schauen. Wie muss sich das nach über 20 Jahren in dem Haus anfühlen? Zum Abschied gab es nur einen Brief der Verwaltung: Der Schlüssel möge bitte in einem Briefumschlag bei der Verwaltung eingeworfen werden.

Es ist frustrierend zu sehen und zu realisieren, wie wenig Rechte diese Menschen mit ihren Läden haben. Wenn eine reiche Immobilienerbin beschließt, dass sie raus müssen, dann müssen sie halt raus. Völlig gleichgültig, was das für sie bedeutet. Und dennoch ist unsere Initiative nicht erfolglos geblieben. Wir haben uns solidarisiert und den vier Gewerbetreibenden gezeigt, dass es uns im Stadtteil nicht egal ist, was mit ihnen passiert. Wir finden es nicht richtig, wie mit ihnen umgegangen wird und sie sind nicht allein. Es war die Arbeit wert.

Unsere Initiative hat uns im Stadtteil einander näher gebracht. In solch traurigen, aussichtslosen Situationen macht es einen Unterschied, ob man alleine ist, oder 70 Menschen aus dem Stadtteil an der Seite hat und die Kombo Tuten und Blasen einen Trauermarsch bläst.

Es hat die Yurdakuls an ihrem letzten Tag kämpferisch ein Protestbanner an ihr Ladenschild schrauben lassen. Als Abschiedsgruß an die Eigentümerin.

Frauen – Leben – Freiheit

Hamburg ist solidarisch mit dem mutigen Widerstand im Iran

Rede von Sabine Boeddinghaus in der Bürgerschaftssitzung am 6. Oktober

Ich mag wiederholen, was bereits gesagt wurde, aber diese Rede darf nicht ohne den Namen Jina Amini auskommen. Die 22-jährige Kurdin Jina Amini wurde vor gut zwei Wochen durch die iranische Sittenpolizei, aus frauenfeindlichen und rassistischen Gründen ermordet. Ein staatlicher Femizid und zugleich Auslöser für die landesweiten Proteste im Iran, die bis heute andauern.

Wir sehen die aufwühlenden Bilder in den Nachrichten und sozialen Netzwerken. Mutige Frauen, die ihren Hijab verbrennen, Frauen, die im Alltag unverschleiert auf die Straße gehen und der Sittenpolizei entgegen schreien, dass es verdammt noch mal ihre Entscheidung ist, wie sie sich kleiden. Schüler:innen und Studierende, die die Bilder Ali Chameneis von den Wänden reißen. Massenproteste in den Straßen. FLINTAs und Kurd:innen an vorderster Stelle. Immer wieder die Parole, die schon seit Jahrzehnten von der kurdischen Frauenbewegung gegen die Staatsgewalt und das Patriarchat angestimmt wurde: »Jin - Jiyan - Azadi!«

Wir lesen über die aktuelle Lage, die Verhaftungen und das brutale Vorgehen gegen die Protestierenden. Laut der NGO »Iran Human Rights« gab es in den vergangenen zwei Wochen mehr als 150 Tote und tausende schwer Verletzte. Allein in Zahedan wurden am 30. September bei einer Demonstration nach dem Freitagsgebet mehr als 60 Personen getötet. Trotz der eindringlichen Bilder, die uns erreichen, bleibt es für viele hier unvorstellbar, was gerade im Iran passiert. Der Schmerz, die Verzweiflung, die Angst aber auch die Wut, das Aufbegehren und die ermächtigende Erfahrung kollektiven Widerstands können viele hier nur erahnen. Weltweit kommt es zu Solidaritätsbekundungen. Auch in Hamburg sind in den letzten Tagen Tausende auf die Straße gegangen, um zu zeigen: »Wir sehen euch. Wir sind an eurer Seite.« Aber auch, um Druck auf die Politik hier in Deutschland und Hamburg zu machen.

Es ist ein richtiges und wichtiges Signal, heute hier in der Bürgerschaft klar Position gegen das menschenverachtende Regime im Iran zu beziehen und sich deutlich mit den Aktivist:innen vor Ort zu solidarisieren. Natürlich braucht es aber mehr als netter Worte! Annalena Baerbock lässt das Versprechen einer feministischen Außenpolitik aktuell zur Farce verkommen. Erst geschieht gar nichts und dann folgen leere Worte.

Die iranisch-amerikanische Journalistin Masih Alinejad hat dagegen eine glasklare Botschaft an die westlichen Regierungen. Vor wenigen Tagen sagte sie in einer ihrer Reden



Parole der kurdischen Frauenbewegung (www.hawar.help/wp-content/uploads/2022/10/221027-jinjiyanazadi-flyer-a5-petition.pdf)

»Wir wollen nicht, dass der Westen uns rettet! Wir wollen nur, dass der Westen aufhört, dieses Regime zu retten! Ist das wirklich zu viel verlangt?«

Während im Iran Aktivist:innen für ihren Protest mit dem Leben bezahlen, wägen deutsche Politiker:innen noch darüber ab, wie sehr sie das dortige Gewaltregime verärgern können, ohne die eigenen Profitinteressen zu gefährden. Die Bundesregierung muss endlich handeln und klare Sanktionen gegen die Machteliten des Irans ergreifen.

Deutschland muss queere Personen auf der Flucht und alle Personen, denen im Iran Folter und Tod drohen, bedingungslos aufnehmen. Umgekehrt braucht es selbstverständlich einen Abschiebestopp in den Iran. Außerdem muss die Bundesregierung Druck ausüben, damit die Todesurteile gegen die queeren Aktivist:innen Zahra Sedighi Hamedani, bekannt als Sareh, und Elham Choubdar aufgehoben und die beiden aus der Haft entlassen werden. Gleiches gilt für die bereits seit Jahren inhaftierte kurdische Aktivistin Zeynab Jalalian.

Feministische Außenpolitik muss sich an Menschenrechten orientieren statt an Wirtschaftsinteressen und muss in praktische Maßnahmen übersetzt werden, statt bei dem Lippenbekenntnis zu verharren. Die Frauen im Iran kämpfen um ihr Leben, kämpfen wir hier um das Mindeste, was in unserer Macht steht – für eine feministische Außenpolitik, die diese Worte wert ist!

Kultur Tipp BÜCHER, zur Freiheit, zur Sonne!

Von Michael Joho



Es fällt manchmal wirklich schwer, aus dem vielfältigen Hamburger Kulturangebot auszuwählen, was es geeignet erscheinen lässt, über den »Bürger:innenbrief« beworben zu werden. Da schwingt selbstredend immer auch eine subjektive Note mit, wie vielleicht in dieser Ausgabe, die wieder mal mit zwei Empfehlungen aufwartet – mit denen ich mich direkt verbunden sehe:

Da läuft zum einen in der Zentralbibliothek (Hühnerposten 1) noch **bis zum 28. November** die **Ausstellung** »Proleten auf Karton 2.0 – Arbeiterbewegung von der Weltwirtschaftskrise bis zum Reichstagsbrand« (1929–1933)«. Zugänglich ist sie montags bis freitags von 9.00 bis 19.00 Uhr, samstags zwischen 10.00 und 19.00 Uhr und sonntags in der Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr. Das Besondere daran ist der Umstand, dass die

Geschichte in Form von Ansichtskarten präsentiert und interpretiert wird.

Und der Clou ist, dass zeitgleich im VSA:Verlag eine **neue Publikation** erschienen ist, die »Mit revolutionären Grüßen« – viele Dutzend »Postkarten der Hamburger Arbeiterbewegung 1900–1945 für eine Welt ohne Ausbeutung, Faschismus und Krieg« in den Mittelpunkt rückt. Der Herausgeber René Senenko, auch Kurator der o. a. Ausstellung, hat 38 Autor:innen zusammengebracht, die ihre Sammlungen zu ausgewählten Aspekten präsentieren und in den historischen Zusammenhang rücken. Das 280-seitige Buch zum Preis von 24,80 Euro wird am Montag, den 12. Dezember, um 18.00 Uhr in der LAB-Begegnungsstätte St. Georg (Hansaplatz 10) öffentlich vorgestellt.



Statt in die Tonne –
BÜCHER,
zur Freiheit,
zur Sonne!

ANTIQUARISCHER BÜCHERMARKT IN ST. GEORG

Samstag, 19.11.2022
11 bis 18 Uhr

BÜCHERBASAR

Heinrich-Wolgast-Schule
Eingang Soester Straße
(direkt gegenüber von Nr. 55, links neben der Tiefgarageneinfahrt)

Der komplette antiquarische Lagerbestand der Buchhandlung Wohlers steht zum Verkauf, außerdem Remittenden & Fundstücke des VSA: Verlags und Buchpreziosen der Geschichtswerkstatt St. Georg

Buchhandlung Wohlers | Geschichtswerkstatt St. Georg e.V. | VSA: Verlag

Zum anderen, und das dürfte wirklich ein Leckerbissen für alle bibliophilen Menschen sein, laden gleich drei in St. Georg ansässige oder wirkende Institutionen zum **Bücherbasar** ein. Am kommenden Samstag, den 19. November, werden die Buchhandlung Wohlers, der VSA: Verlag und die örtliche Geschichtswerkstatt ihre Schätze zu günstigen Preisen auf den Markt werfen: Jürgen Wohlers räumt sein Antiquariat, VSA wird zum 50-jährigen Bestehen linke Literatur vom Feinsten und der St. Georger Geschichtsverein einiges an Hamburger- und Geschichtsliteratur anbieten. Wir sehen uns, am **19. November** in der Zeit zwischen 11.00 und 18.00 Uhr in der Soester Straße (zwei Minuten von der Langen Reihe bzw. vom Carl-von-Ossietzky-Platz entfernt). ♦

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg